

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 55. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 5. Dezember 2013, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Beate Raudies (SPD)

i. V. v. Birgit Herdejürgen

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Glücksspielgesetzes	4
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1300	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1327	
2. a) Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2014	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/941	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/942	
3. Information/Kenntnisnahme	8
Umdruck 18/2047 - ELER-Mittel	
4. Verschiedenes	9
5. a) Unterrichtung des Finanzministeriums über die Veräußerung des ehemaligen Landeskulturzentrums Salzac gemäß § 64 Abs. 3 Landeshaushaltsordnung	10
Umdruck 18/2024	
b) Einwilligung in die Veräußerung des ehemaligen Landeskulturzentrums Salzac	
Antrag der Landesregierung Drucksache 18/1319	

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet den öffentlichen Teil die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Glücksspielgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1300](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1327](#)

(überwiesen am 20. November 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

interfraktioneller Änderungsantrag

[Umdruck 18/2128](#)

hierzu: [Umdruck 18/2022](#)

Der Finanzausschuss nimmt [Umdruck 18/2022](#) zur Kenntnis. Der interfraktionelle Änderungsantrag 18/2128 wird einstimmig angenommen. Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs [Drucksache 18/1300](#) mit den beschlossenen Änderungen zu empfehlen und den FDP-Änderungsantrag [Drucksache 18/1327](#) für erledigt zu erklären.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/941](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/942](#)

(überwiesen am 25. September 2013 an den **Finanzausschuss** und alle anderen Ausschüsse des Landtags)

Änderungsvorschläge der Landesregierung (Nachschiebeliste)

[Umdruck 18/1860](#)

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdrucke 18/2067](#), [18/2135](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdrucke 18/2078](#) (neu), 18/2136

hierzu: [Umdruck 18/2082](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/2090](#) (neu)

Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN

[Umdrucke 18/2091](#), [18/2098](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN

[Umdruck 18/2129](#)

Zum Änderungsantrag von FDP, CDU und PIRATEN, [Umdruck 18/2129](#), erklärt Abg. Winter, die Koalition wolle das Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs nicht im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes auf den Weg bringen, sondern Anfang 2014 in einem gesonderten Verfahren. Hintergrund seien Irritationen aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde darüber, ob es das Prüfungsrecht schon gebe.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, begrüßt den Änderungsantrag und stellt klar, dass es ein eigenes gesetzlich abgeleitetes Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs bisher nicht gebe.

Abg. Dr. Garg appelliert an die Koalitionsfraktionen, nach 21 Jahren Diskussion Nägel mit Köpfen zu machen, als Landtag ein Zeichen zu setzen und dem Rechnungshof das Prüfungsrecht zu ermöglichen. Es gehe darum, eine milliardenschwere Leistung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels dauerhaft zu sichern, den Kostenanstieg bei der Eingliederungshilfe zu begrenzen und in die bisherige Blackbox hineinzugucken.

Abg. Winter macht deutlich, dass es in der Sache im Finanzausschuss keinen Dissens gebe. Die SPD könne in dieser Sitzung allerdings nicht zustimmen, weil es dazu kein Votum der Fraktion gebe.

Abg. Koch wirbt dafür, den Antrag, der für eine rechtliche Klarstellung Sorge, heute anzunehmen und nicht durch eine weitere Verschiebung ein schlechtes Signal zu setzen.

(Sitzungsunterbrechung von 10:25 bis 10:30 Uhr)

Abg. Harms und von Kalben unterstützen den Änderungsantrag, erklären aber wie die SPD, den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt aus formalen Gründen abzulehnen.

Abg. Koch bittet den Wissenschaftlichen Dienst um Stellungnahme zu den rechtlichen Auswirkungen eines um einen Monat verzögerten Inkrafttretens des Wasserabgabengesetzes (siehe [Umdruck 18/2153](#)).

Abg. Koch vermisst bei der Neuordnung der Privatschulfinanzierung im Haushaltsbegleitgesetz eine Evaluationsklausel.

Abg. von Kalben und Harms halten die Vereinbarung einer Evaluationsklausel für ausreichend; einer gesetzlichen Regelung bedürfe es nicht.

Abg. Dr. Garg wirbt in diesem Zusammenhang für den Antrag der FDP, um die mit der Neuregelung im Haushaltsbegleitgesetz verbundene Schlechterstellung für einige Privatschulen im Jahr 2014 zu vermeiden.

Der Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/2078](#) (neu) inklusive der Korrektur in [Umdruck 18/2136](#), wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP, [Umdruck 18/2090](#) (neu), wird mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

Die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, [Umdrucke 18/2091](#) und 18/2098, werden gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Ausschussmitglieder abgelehnt.

Die von den Koalitionsfraktionen als Änderungsantrag übernommene Nachschiebeliste [Umdruck 18/1860](#) wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdrucke 18/2067](#) und 18/2135, werden mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Das Haushaltsgesetz, [Drucksache 18/941](#), mit den beschlossenen Änderungen wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Der Änderungsantrag von FDP, CDU und PIRATEN, [Umdruck 18/2129](#), wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Das Haushaltsbegleitgesetz, [Drucksache 18/942](#), mit den beschlossenen Änderungen wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Der Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, eventuelle redaktionelle Unstimmigkeiten zu bereinigen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/2047](#) - ELER-Mittel

Der Ausschuss nimmt [Umdruck 18/2047](#) zur Kenntnis.

Abg. Koch bemerkt, das Problem der Veranschlagung von EU-Mitteln sei haushaltstechnisch nach wie vor nicht befriedigend gelöst.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 13. Dezember 2013, 9 bis 10 Uhr, gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss statt. Am 19. Dezember 2013 findet keine Finanzausschusssitzung statt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

- a) Unterrichtung des Finanzministeriums über die Veräußerung des ehemaligen Landeskulturzentrums Salzau gemäß § 64 Abs. 3 Landeshaushaltsordnung**

[Umdruck 18/2024](#)

- b) Einwilligung in die Veräußerung des ehemaligen Landeskulturzentrums Salzau**

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 18/1319](#)

Der Ausschuss nimmt [Umdruck 18/2024](#) zur Kenntnis und empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag der Landesregierung [Drucksache 18/1319](#) anzunehmen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:55 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer